

Petition für die Bundestagsabgeordnete

UNO-Bericht über Völkermordvorwürfe an Ruanda muss vollständig veröffentlicht werden

Die "Initiative Ruanda in Deutschland" unterstützt das Vorhaben des UN Sicherheitsrates, am 01. Oktober 2010 den angekündigten Report über die Menschenrechtsverletzungen bis hin zum Völkermord, die die ruandischen Streitkräfte und ihre Verbündeten in der DR Kongo begangen haben sollen, zu veröffentlichen.

Wie "Le Monde" berichtete, wird in dem bislang unveröffentlichten Entwurf des 546-seitigen Berichtes beschrieben, wie die ruandische Armee und verbündete Rebellen im Nachbarland Kongo-Kinshasa systematisch ruandische Hutu-Flüchtlinge und auch kongolesische Hutus verfolgt und ermordet haben.

Laut dem vorzeitig bekannt gewordenen Entwurf des UNO-Berichtes haben die ruandischen Streitkräfte und ihre Verbündeten Massaker begangen, die vor einem Gericht als Völkermord eingestuft werden können. Dabei wurden Machete und Äxte eingesetzt, mit denen Angehörige der Hutu getötet worden sind. Andere wurden bei lebendigem Leib verbrannt. Dem Berichtsentwurf zufolge waren die meisten Hutu-Opfer im Kongo Frauen und Kinder sowie Kranke und alte Menschen.

Die Untersuchungen der UN-Menschenrechtskommission über massive Menschenrechtsverletzungen in Kongo umfassen den Zeitraum von 1996 bis 2003, in dem das zentralafrikanische Land Schauplatz zweier Kriege war, die beide von Ruanda ausgegangen waren. Besonderes Augenmerk aber galt den Vorkommnissen zwischen 1996 und 1998, dem Zeitpunkt des ersten ruandischen Angriffskrieges gegen Kongo, sowie der Rolle der "Ruandischen Patriotischen Armee", die aus der Rebellengruppe des heutigen ruandischen Präsidenten Kagame hervorgegangen war, die 1990 von Uganda nach Ruanda einmarschiert war.

Die Bundesrepublik Deutschland hat seit Jahrzehnten gute Beziehungen zu Ruanda. Möge der Bundestag die Bundesregierung dazu auffordern, sich für die Gerechtigkeit, Wahrheitskommission, Freiheit und die Demokratie in Ruanda stark einzusetzen. Alle Täter der Volksmorde von Tutsi und von Hutu in Ruanda und in DR Kongo müssen vor dem Internationalen Strafgerichtshof gestellt werden.

Die Initiative Ruanda in Deutschland fordert die Bundesrepublik (Bundesregierung und Bundestag) auf, die Veröffentlichung des UNO-Berichtes zu unterstützen, damit die Wahrheit in diesem Zusammenhang ans Licht kommen kann.

Die Gemeinde der Ruander in Deutschland wird am 1. Oktober 2010 um 10.00 Uhr eine Demonstration vom Brandenburger Tor / Pariser Platz über die Wilhelmstraße --Dorotheenstraße zum Bundestag durchführen, um auf das Schicksal der Opfer von Völkermord und Vertreibung aufmerksam zu machen.

Berlin, 01. Oktober 2010

Die Initiative Ruanda in Deutschland

Ananie Bakundukize 0173/4531255

Dr. Jean-Paul Rwasamanzi: 0175/8904900